



Niederschrift

über die 13. Sitzung
des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Lippstadt
am 20.03.2006

Sitzungsraum:	Rathaussaal, Lange Straße 14
Beginn:	18:00 Uhr
Ende:	20:35 Uhr

Anwesend waren:

Bürgermeister

1 Christof Sommer

CDU-Fraktion

2 Hannelore Bartmann-Salmen	CDU-Fraktion
3 Wilhelm Börskens	CDU-Fraktion
4 Franz Klocke	CDU-Fraktion
5 Klaus Laufkötter	CDU-Fraktion
6 Mechthild Niggemeier	CDU-Fraktion
7 Hans Günther Ostkamp	CDU-Fraktion
8 Christian Prahl	CDU-Fraktion

SPD-Fraktion

9 Otto Brand	SPD-Fraktion
10 Hans-Joachim Kayser	SPD-Fraktion
11 Gabriele Oelze-Krähling	SPD-Fraktion
12 Sabine Pfeffer	SPD-Fraktion
13 Martin Schulz	SPD-Fraktion
14 Hans Zaremba	SPD-Fraktion

FDP-Fraktion

15 Dr. Forusan Madjlessi	FDP-Fraktion
16 Thorsten Wolf	FDP-Fraktion

BG-Fraktion

17 Hans-Dieter Marche	BG-Fraktion
-----------------------	-------------

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

18 Ursula Jasperneite-Bröckelmann	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
-----------------------------------	--------------------------------

Entschuldigt

19 Herbert Heiermeier	SPD-Fraktion
20 Marlies Stotz	SPD-Fraktion

Verwaltung

FBL Vollmer
FBL Elliger
FBL Horstmann
Presseref. Paschert
StA Rubart
StA Schübeler
StAR Weber
BBH-Leiter Laub

Schriftführerin

In öffentlicher Sitzung

Herr Sommer eröffnete die Sitzung und hieß neben den Ausschussmitgliedern insbesondere die erschienenen Zuhörer und Zuhörerinnen sowie die Vertreter der Presse willkommen. Nachdem er festgestellt hatte, dass ordnungsgemäß und form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen wurde, gab er eine Ergänzung der Tagesordnung im öffentlichen Sitzungsteil um die Entscheidung über einen Dringlichkeitsbeschluss sowie eine Anfrage der SPD-Fraktion bekannt.

1. Fragestunde für Einwohner

Es wurden keine Fragen gestellt.

**2. Erlass einer 2. Satzung zur Änderung der "Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Lippstadt (Vergnügungssteuersatzung)"
Vorlage Nr. 79/2006**

Zu diesem Tagesordnungspunkt entwickelte sich eine Diskussion, an der sich Herr Dr. Madjlessi, Frau Schübeler, Herr Marche, Herr Sommer, Frau Jasperneite-Bröckelmann, Frau Bartmann-Salmen, Frau Pfeffer, Herr Börskens und Herr Kayser beteiligten. Im Rahmen der Diskussion stellte Herr Dr. Madjlessi den Antrag, in Lippstadt zukünftig keine Vergnügungssteuer für Tanzveranstaltungen mehr zu erheben. Frau Bartmann-Salmen beantragte, die Angelegenheit ohne Beschlussempfehlung an den Rat weiterzuleiten. Herr Sommer empfahl, über den vorgelegten Beschlussvorschlag, in dem es ausschließlich um die Steuer für Spielautomaten gehe, zu entscheiden, und hinsichtlich der Besteuerung von Tanzveranstaltungen umgehend Informationen über die Art der besteuerten Veranstaltungen, die angewandten Steuersätze etc. zur Verfügung zu stellen, um eine Entscheidungsfindung in dieser Angelegenheit zu ermöglichen (s. Anlage). Gegen diesen Vorschlag erhob sich kein Widerspruch.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss unter Bezugnahme auf die Vorlage:

1. Die der Originalniederschrift als Anlage beigefügte 2. Satzung zur Änderung der "Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Lippstadt (Vergnügungssteuersatzung) wird beschlossen.
2. Der der Originalniederschrift als Anlage beigefügte Antrag der Fa. Gebrüder Gauselmann Oelde GmbH, eingegangen am 11.11.2005, wird abgelehnt.

(Einstimmig zugestimmt)

**3. Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF): 1. NKF-Haushalt 2007
hier: Zeitplan für die Vorlage des 1. NKF-Haushaltsplanentwurfes und
Festlegung der Wertgrenze für den Einzelausweis von Investitionsmaßnahmen
Vorlage Nr. 77/2006**

Zu dieser Thematik entwickelte sich eine Aussprache, an der sich Frau Jasperneite-Bröckelmann, Herr Kayser, Frau Bartmann-Salmen sowie die Herren Dr. Madjlessi, Marche, Sommer, Schulz und Weber beteiligten und in deren Verlauf Herr Kayser

beantragte, die Angelegenheit ohne Beschlussempfehlung an den Rat weiterzuleiten. Gegen diesen Vorschlag erhob sich kein Widerspruch.

**4. Aufhebung der Haushaltssperre bei der Haushaltsstelle 1.790.7170 "Zuschuss an die Touristik und Marketing Bad Waldliesborn GmbH"
Vorlage Nr. 88/2006**

An der Aussprache dieses Tagesordnungspunktes beteiligten sich Frau Bartmann-Salmen, Herr Sommer, Herr Kayser, Frau Jasperneite-Bröckelmann, Herr Dr. Madjlessi und Herr Ostkamp. Frau Bartmann-Salmen bat um detaillierte Informationen über den Wirtschaftsplan sowie über den mit der Touristik und Marketing GmbH abgeschlossenen Vertrag sowie um eine Berichterstattung des Geschäftsführers der GmbH in der Ratssitzung und stellte den Antrag, die Angelegenheit ohne Beschlussempfehlung an den Rat weiterzuleiten.

Herr Sommer führte dazu aus, dass für eine Berichterstattung des Geschäftsführers eine gewisse Vorlaufzeit eingerechnet werden müsse, so dass diese erst in einer späteren Ratssitzung möglich sei. Sodann ließ er über den Antrag von Frau Bartmann-Salmen abstimmen. Dieser wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss unter Bezugnahme auf die Vorlage:

Der Sperrvermerk bei der Haushaltsstelle 1.790.7170 „Zuschuss an die Touristik und Marketing Bad Waldliesborn GmbH“ wird aufgehoben.

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

**5. Errichtung einer Ganztags Hauptschule in Lippstadt
Vorlage Nr. 68/2006**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss unter Bezugnahme auf die Vorlage und den Beschlussvorschlag des Schul- und Kulturausschusses, dem Rat zu empfehlen:

1. Der Rat der Stadt Lippstadt unterstützt die Bewerbungen der Kopernikusschule und der Stadtwaldschule im Rahmen der "Qualitätsoffensive" des Landes Nordrhein-Westfalen zur schrittweisen Umwandlung in Ganztagschulen.
2. Die pädagogischen Konzepte werden zur Kenntnis genommen.
3. Vorbehaltlich der Genehmigung des Landes zur Umwandlung der Schulen von der Halbtags- in die Ganztagsform beschließt der Rat:

Die Kopernikusschule und die Stadtwaldschule, städt. Gemeinschaftshauptschulen, werden ab 01.08.2006 als Ganztagschulen geführt.

Der Aufbau der Ganztagsform erfolgt schrittweise, im Schuljahr 2005/06 beginnend mit der Jahrgangsstufe 5.

4. Die Personalkosten für außerunterrichtliche Angebote sollen aus dem Ganztagszuschlag finanziert werden (anteilige Stellenkapitalisierung).

Für die Anlaufphase (Schuljahre 2006/07 oder 2007/08) stellt der Schulträger wegen des sich in dieser Zeit noch nicht auswirkenden Ganztagszuschlages zusätzliche Mittel im Rahmen eines noch vorzulegenden Konzeptes zur Ausgestaltung der außerunterrichtlichen Angebote in Aussicht.

5. Die Verwaltung wird ermächtigt, die gemäß Ziffer 6 des Einführungserlasses des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 25.01.2006 vorgesehenen verbindlichen Erklärungen abzugeben, und zwar

- a) ab welchem Zeitpunkt die räumlichen, personellen und sächlichen Voraussetzungen für die Aufnahme des Ganztagsbetriebs gegeben sind

- b) zu welchem Zeitpunkt der Ausbau des Ganztagsbetriebs begonnen wird.

6. Das auf der Grundlage des pädagogischen Konzeptes zu entwickelnde Raumprogramm für den Ganzttag wird im Rahmen der Vorgaben des Landes auf der Grundlage des Runderlasses des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 19.10.1995 in der Fassung des Erlasses vom 14.10.2005 und der Förderungsfähigkeit noch gesondert beraten und beschlossen.

Die Verwaltung wird gebeten, hierzu eine Konzeption zu entwickeln. Der Schul- und Kulturausschuss wird ermächtigt, hierüber abschließend zu entscheiden.

(Einstimmig zugestimmt)

**6. Kooperation von Bibliothek und Schule
- Ein Netzwerk zur Förderung der Sprach- und Lesekompetenz -;
h i e r : Überplanmäßige Mittelbereitstellung
Vorlage Nr. 71/2006**

Vom Haupt- und Finanzausschuss wurde unter Bezugnahme auf die Vorlage beschlossen, dem Rat zu empfehlen:

Zur Umsetzung des Konzeptes zur 'Kooperation von Bibliothek und Schule' sind die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 53.000,-- € überplanmäßig bei der Hhst. 1.352.5902 'Durchführung des Projekts Kooperation von Bibliothek und Schule' bereitzustellen. Zur Deckung ist die eingegangene Mehreinnahme in Höhe von 53.000,-- € bei Hhst. 1.352.1780 'Spenden für Kooperation von Bibliothek und Schule' heranzuziehen.

(Einstimmig zugestimmt)

**7. Kultur und Werbung Lippstadt GmbH;
hier: Jahresrechnung 2004/05
Vorlage Nr. 50/2006**

Bezugnehmend auf die Vorlage fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgende Beschlussempfehlung an den Rat:

Der Vertreter der Stadt Lippstadt in der Gesellschafterversammlung der Kultur und Werbung Lippstadt GmbH wird angewiesen, folgende Erklärungen abzugeben:

1. Der Jahresabschluss 2005 wird per 30.06.2005 festgestellt
 - in der Bilanz in Aktiva und Passiva in Höhe von 245.384,05 €
 - in der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 556.554,75 €
2. Der Jahresfehlbetrag 2005 in Höhe von 556.554,75 € wird durch Verrechnung mit der Kapitalrücklage für Verlustausgleich, die einen Stand von 582.000,00 € aufweist, vollständig ausgeglichen.
3. Der verbleibende Bestand in der Kapitalrücklage für Verlustausgleich in Höhe von 25.445,25 € wird der freien Kapitalrücklage zugeführt.
4. Dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2004/05 Entlastung erteilt.

(Einstimmig zugestimmt)

**8. Ausbau der Bromberger Straße in Lipperbruch
hier: Bewilligung von außerplanmäßigen Ausgaben
Vorlage Nr. 86/2006**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss unter Bezugnahme auf die Vorlage, dem Rat zu empfehlen:

Die benötigten Haushaltsmittel für den Ausbau der Bromberger Straße in Höhe von 40.000 € für den Straßenausbau und 1.500 € für die Straßenbeleuchtung werden außerplanmäßig bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt in voller Höhe durch zusätzliche Erschließungsbeiträge bei der Haushaltsstelle 9.630.3500.

(Einstimmig zugestimmt)

**9. Erschließung des Neubaugebietes Kühligenweg in Bad Waldliesborn
hier: Abschluss eines Erschließungsvertrages gem. § 124 BauGB
Vorlage Nr. 90/2006**

Vom Haupt- und Finanzausschuss wurde unter Bezugnahme auf die Vorlage beschlossen, dem Rat zu empfehlen:

Dem Abschluss des Erschließungsvertrages mit der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Lippstadt mbH (GWL) wird zugestimmt.

(Einstimmig zugestimmt)

**10. Straßenreinigung in der Straße Lichtenplatz
hier: Übertragung der Straßenreinigung auf die Anlieger
Vorlage Nr. 53/2006**

An der Aussprache dieses Tagesordnungspunktes beteiligten sich Herr Marche, Frau Jasperneite-Bröckelmann, Herr Dr. Madjlessi, Frau Bartmann-Salmen, Herr Zaremba, Herr Sommer, Herr Horstmann und Herr Laub.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss unter Bezugnahme auf die Vorlage, dem Rat zu empfehlen:

1. Dem Wunsch der Anlieger der Straße Lichtenplatz, die Straßenreinigung auf der westlichen Straßenseite vom Buswendeplatz bis zum Ortsausgang selbst vorzunehmen, wird stattgegeben.
2. Die der Originalniederschrift als Anlage beigefügte 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Lippstadt wird beschlossen.

(Einstimmig zugestimmt)

**11. Auswertung der Sondermaßnahme Bio- und Restabfallgebührenmarken
Vorlage Nr. 91/2006**

Nach Wortbeiträgen von Herrn Sommer, Frau Jasperneite-Bröckelmann, Herrn Laub und Herrn Börskens nahmen die Ausschussmitglieder den Inhalt der Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

12. Fragen der Ausschussmitglieder/Berichte der Verwaltung

**12.a Erweiterung der IT-Infrastruktur
hier: Thomas-Valentin-Stadtbücherei und Stadtarchiv/Museum
Vorlage Nr. 97/2006**

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste unter Bezugnahme auf die Vorlage folgenden Dringlichkeitsbeschluss:

Dringlichkeitsbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW:

Für die Erweiterung der städtischen IT-Infrastruktur werden 20.000 € außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Einsparung bei nachfolgenden Haushaltsstellen:

5.556.6520 – Post- und Fernmeldegebühren	3.000 €
9.020.9350 – Anschaffung von Büromöbeln und sonst. Inventar	8.500 €
9.061.9350 – Anschaffung von EDV-Geräten	8.500 €

(Einstimmig zugestimmt)

12.b Anfrage der SPD-Fraktion zur polizeilichen Behandlung eines Infostandes des BUND

Nach einigen Ausführungen von Herrn Sommer gab Herr Elliger den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses den Inhalt der Anfrage der SPD-Fraktion (s. Anlage) zur Kenntnis und führte hinsichtlich der gestellten Fragen aus, dass das Versammlungsrecht nicht in die Zuständigkeit der Stadt Lippstadt falle, sondern Angelegenheit der Polizei sei. Der BUND habe beim Fachbereich 3 den Infostand angemeldet und von dort auch eine Sondernutzungserlaubnis erhalten, über die die Polizeibehörde informiert worden sei. Unabhängig von dieser Informationen habe der BUND aber, aus welchen Gründen auch immer, selbsttätig bei der Polizei eine "Versammlung" angemeldet, die dann auch, unter Auflagen, genehmigt worden sei.

Warum die Anmeldung erfolgt sei und wie die Bewertung der Polizei zustande gekommen sei, könne und brauche seitens der Stadt Lippstadt nicht beurteilt werden. Festzuhalten sei, dass den Anträgen des BUND in beiden Fällen entsprochen worden sei und dass Stadt und Polizeibehörde gleichermaßen an Recht und Gesetz gebunden seien, aber jeweils eigenständige Behörden mit eigenen Zuständigkeiten und Befugnissen.

Hinsichtlich der Bitte von Herrn Kayser, den Vorgang auch für zukünftige Fälle transparent zu machen, führten sowohl Herr Sommer als auch Herr Elliger aus, dass richtige Anlaufstelle für entsprechende Fragen die Kreispolizeibehörde sei.

gez. Sommer

Vorsitzender

gez. Rubart

Schriftführerin